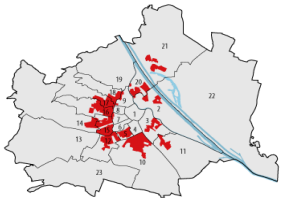


NEIN ZU LAGEZUSCHLÄGEN! GEGEN MIETENEXPLOSION & VERDRÄNGUNG

Die Regierung will im Interesse der Immobilienwirtschaft „marktkonforme Mieten“ durchzusetzen. Die geplanten Mietrechtsänderungen werden das Wohnen im Altbaubestand um bis zu 60 Prozent (!) teurer machen. Bereits im Herbst sollen die ersten Gesetze verabschiedet werden: Darunter der Lagezuschlag in Gründerzeitvierteln.

KEIN LAGEZUSCHLAG!



Von der Gesetzesänderung zum Lagezuschlag in Gründerzeitvierteln wären 100.000 Wohnungen in Wien betroffen. Die Nettomiete wird nach der Gesetzesänderung dort um bis zu 3,34 Euro/Quadratmeter steigen. Zu erwarten ist, dass sich das Wohnen in Gründerzeitvierteln dann nur mehr besserverdienende Mittelschichten leisten können – die dort lebende Bevölkerung wird verdrängt.

Mit diesen Zuschlägen wird Bodenspekulation auf Kosten der Allgemeinheit möglich. Grundlage für den Lagezuschlag sind eine günstige Verkehrslage und gute Infrastruktur. Die städtische Infrastruktur wird durch Steuern finanziert. Sie soll daher auch der Allgemeinheit zugutekommen und nicht die Bereicherung einiger weniger ImmobilienbesitzerInnen fördern!

REGULIERUNG DER MIETEN!

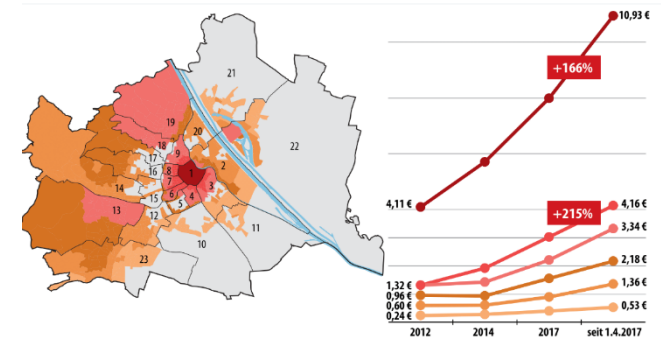
Die Mieten sind in Privatwohnungen bereits in den letzten Jahren massiv teurer geworden. Zwischen 2008 und 2016 stiegen die Mietpreise in Wien im Privatbereich um 43%. Die Löhne sind in demselben Zeitraum nur um 22% gestiegen. Die Wohnkostenbelastung von Haushalten wird damit immer höher. Wir brauchen dringend eine Regulierung der Mieten und **an den Kosten im sozialen Wohnbau orientierte Mietpreisobergrenzen**. Wohnen ist ein Grundrecht und muss für alle leistbar sein.

Leistbares Wohnen muss dauerhaft möglich sein. Um die Rechte der MieterInnen zu stärken müssen insbesondere kurzfristige Befristungen eingedämmt und Kettenbefristungen unterbunden werden.

Obschon leistbarer Wohnraum dringend gesucht wird stehen viele Wohnungen, oftmals Spekulationsobjekte, ungenutzt leer. Durch Leerstandsabgaben und die Verhinderung der Spekulation mit Wohnraum können diese Objekte für das Wohnen nutzbar gemacht werden.

BAUT NEUE GEMEINDEWOHNUNGEN!

Indem neuer, leistbarer Wohnraum geschaffen wird, werden auch die Mieten im privaten Bereich gemindert. **Wohnraumschaffung sichert damit das Recht auf leistbaren Wohnraum.** Der gemeinnützige Wohnbau (ohne hohe Eigenmittelanforderungen) – insbesondere Gemeindewohnungen - ist daher das wichtigste Mittel inklusiver Wohnpolitik. Zur Finanzierung sagen wir daher: Keine Verpflichtung auf ein „Nulldefizit“, wie es der EU-Fiskalregeln und der Stabilitätspakt vorsehen. Investitionen für die Gemeinschaft sind Investitionen in unsere Zukunft.



Nein zu den Lagezuschlägen! - Mieten regulieren!
Spekulation mit Grund und Wohnraum unterbinden!
Gemeindewohnungen bauen!
Nein zu Nulldefizit und EU-Fiskalpakt!

28.9, 16:00 Kundgebung: Viktor Adler Markt

24.9, 19:00 Vorbereitungstreffen, 15, Reichsratsstraße, 1010 Wien

Initiative für leistbare regulierte Mieten
<http://mietenrunter.at> [facebook.com/mietenrunter](https://www.facebook.com/mietenrunter)

#mietenrunter